

Zeitschrift: Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums
Herausgeber: Zürcher Institut für interreligiösen Dialog
Band: 24 (1968)

Rubrik: Notizen aus dem Zeitgeschehen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NOTIZEN AUS DEM ZEITGESCHEHEN

Flugzeug der El-Al entführt

Ein Flugzeug der israelischen Luftfahrtsgesellschaft wurde gezwungen von seinem Kurs abzuweichen und in Algerien zu landen. Ein Teil der Insassen wird heute noch in Algerien zurückgehalten, auch der Apparat ist noch nicht zurückgegeben worden mit der Begründung, Algerien befinde sich mit Israel im Kriegszustand. Die Verantwortung für diesen Akt der Luftpiraterie, der nicht nur in Israel Empörung ausgelöst hat, hat die «Front für die Befreiung Palästinas», eine Konkurrenzorganisation der Al-Fatah übernommen. Die Reisenden, die den Angriff auf den Flugkapitän unternommen haben, hatten indische und iranische Pässe. Die Regierung in Algerien ließ erklären, daß sie ohne ihren Willen in die Affäre hineingeriet.

Die Ziele der Al-Fatah

Die palästinensische Untergrundorganisation El-Fatah legte in ihrer Zeitschrift «Al-Saoura al Falastinia» (Die pa-

lästinensische Revolution) ihre Ziele in folgenden sechs Punkten dar:

1. Jede neue Einwanderung von Juden in Israel soll verhindert werden.

2. Die wirtschaftliche Stabilität Israels soll untergraben werden.

3. Der Tourismus in Israel soll ruiniert werden.

4. Jüdische Auswanderer sollen daran gehindert werden, sich auf palästinensischem Boden niederzulassen.

5. Die israelische Wirtschaft soll geschwächt werden, indem die Regierung gezwungen werden soll, den größten Teil ihrer Mittel für Sicherheitsmaßnahmen aufzuwenden.

6. Die Israeli sollen davon überzeugt werden, daß das Leben in Israel in Zukunft von einer Atmosphäre des Terrorismus gekennzeichnet sein werde und daher unmöglich gemacht werde.

Die Organisation versicherte, ihre Commandos würden sich auf eine Eskalation ihrer Tätigkeiten vorbereiten, die einen «Volksbefreiungskrieg» zum Ziele habe, der die «allgemeine

Offensive der regulären arabischen Streitkräfte gegen Israel» fördern werde.

Dayan-Komitee

In Tel-Aviv ist ein Dayan-Komitee gegründet worden mit dem Ziel, den gegenwärtigen Verteidigungsminister zum Ministerpräsidenten zu machen.

Den Kennedys zum Gedenken

Bereits gibt es südlich von Jerusalem den J. F. Kennedy-Wald. Hier soll nun für Robert Kennedy eine Gedenksäule errichtet werden.

Der Sicherheitsrat tadelt Israel

Im März dieses Jahres hat Israel einen Vergeltungsschlag gegen das Terroristenlager in Karame ausgeführt, im August folgte ein zweiter gegen zwei Lager bei Es-Salt (etwa halbwegs zwischen Jordan und Amman). Es wurden Flugzeuge eingesetzt. Israel betrachtet die Terroristentätigkeit vom Boden Jordaniens aus als Verstoß gegen das Feuereinstellungsabkommen. Seine Gegenschläge sollen abschreckend wirken. Der UNO-Sicherheitsrat hat dafür

allerdings kein Verständnis; neuerdings hat vor allem auch die französische Diplomatie gegen die Abschreckungspolitik der Israeli Stellung bezogen.

Pro Kiesinger

Neuerdings haben sich der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier und auch Propst Grüber schützend vor den Bundeskanzler gestellt. Der erstere erklärte, Kiesinger habe seines Wissens — ebenso wie mancher seiner damaligen Kollegen im Auswärtigen Amt — «mit Hitler gar nichts im Sinn» gehabt. Der Kanzler sei gegenüber Angriffen, denen er sich ausgesetzt sehe, nur deshalb in einer weniger guten Lage, weil es ihm erspart blieb, erkannt gefaßt und unter den Galgen gestellt zu werden. «Aber daraus zu schließen, daß er ein gesinnungsmäßiger Mitläufer des Nationalsozialismus gewesen sei — das ist nicht nur ein Irrtum, sondern das ist — jedenfalls für den, der die Realität des totalitären Staates selber erfahren hat — mindestens eine üble Gedankenlosigkeit. Er könne gut verstehen, sagte Gerstenmaier weiter, daß den Kanzler bei solchen Beleidigungen eine «Verbitterung überkommt, die

ihn dann schweigen läßt» ... Probst Grüber faßte eine kritische Bemerkung des amerikanischen Rabbiners Joachim Prinz ins Auge, indem er sagte: «jedem, der nicht unter brutaler Diktatur gelebt und gewirkt hat», habe kein Recht «über das Verhalten von Menschen zu urteilen, die unter diesem Zwang leben und arbeiten mußten und die darunter fast zerbrochen sind.» Prinz hatte Kiesingers Aussage vor dem in Bonn tagenden Frankfurter Schwurgericht, er habe bis Kriegsende nichts von den Judendeportationen gewußt, als «erstaunlich und schockierend» bezeichnet. In einer Antwort an Propst Grüber stellte Rabbiner Prinz fest: «Als ich 1937, von der Gestapo ausgewiesen, Deutschland verließ, hatte ich fast fünf Jahre der Hitlerzeit hinter mir. Ich gehörte also nicht zu jenen, denen Sie ein Wissen um die Schwierigkeiten unter einer Diktatur absprechen.» Und er fährt dann fort: «Als Zeuge der Hitlerzeit vor Gericht — das heißt vor dem deutschen Volk und vor der Welt — zu stehen, war eine große einmalige Gelegenheit, etwas Klares, Großes und Moralisches zu sagen. Das hat er nicht getan.»

Waffen für den Nahen Osten

Nachdem die Sowjets Ägypten soweit mit Waffen versorgt haben, daß Nasser bereits wieder mit neuer Kriegsbereitschaft Politik machen kann, haben die USA Jordanien und Israel mit Kriegsmaterial beliefert. Die Israelis sollen 50 Düsenjäger vom Typ F-4 Phantom erhalten. Ob das noch vernünftig ist, in einer so hoch explosiven Zone soviel Zündstoff zu lagern?

Araber unter Israeli-Herrschaft

Die arabische Bevölkerung im annektierten Teil von Jerusalem beträgt etwa 67 000, diejenige des Westjordanlandes etwa 600 000. Von diesen sind etwa 100 000 Flüchtlinge und stammen nicht aus dieser Gegend. Im Gaza-Streifen gibt es ca. 300 000 Araber, von denen die Hälfte Flüchtlinge aus dem Palästina-Gebiet sein dürften. Auf der Sinai-Halbinsel leben etwa 33 000, von denen die meisten Beduinen sind. Endlich befinden sich auf den Golanhöhen etwa 7000 Menschen, vorwiegend Druzen und Tscherkessen. Etwas mehr als eine Million Araber leben also seit dem 6-Tage-

Krieg unter israelischer Verwaltung. Das Gros der Araber sind Moslems und nur etwa 5% sind Christen.

Die Einwanderung entscheidet

Levi Eschkol, der israelische Ministerpräsident, hat an die Juden in aller Welt appelliert, in noch stärkerem Maße als bisher nach Israel einzuwandern. Israel würde so in die Lage versetzt, auch die «Schlacht der Zahlen» zu gewinnen. Er kündigte an, daß das Parlament durch ein neues Einwanderungsgesetz auch seinen Teil dazu beitragen werde.

Der Mord an Robert Kennedy

Ein Araber ist unter Mordanklage gestellt. Er soll den Senator Robert Kennedy in Alabama erschossen haben. Manches weist darauf hin, daß der Bruder des ebenfalls ermordeten Präsidenten sich durch seine israelfreundlichen Äußerungen den Haß des jungen Arabers zugezogen hat. Kennedy hatte unter anderem erklärt, die USA hätten die moralische Verpflichtung, die Existenz Israels zu sichern. Es sei

dringend notwendig, daß Amerika an Israel 50 Phantom-Flugzeuge liefere. Er hatte sich auch für direkte arabisch-jüdische Friedensverhandlungen ausgesprochen.

Der Sechstagekrieg verfilmt

In Zürich konnte man den Sechstagekrieg sich im Kino ansehen. Der Streifen ist durch eine israelische Filmproduktion hergestellt. Man rühmt dem Filme nach, daß er weniger dem israelischen Triumph als der Besinnung dienen wolle.

Eine Botschaft an die Adresse Polens

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat an den Botschafter der Polnischen Volksrepublik in Bern folgende Botschaft gerichtet:

«Mit steigender Sorge verfolgt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz durch die Presse die Wiedererweckung des Antisemitismus in Polen. Daß dies ausgerechnet in einem Land geschieht, in dem die Mehrzahl der dort vor dem Zweiten Weltkrieg lebenden Juden mit Millionen Juden aus anderen Ländern durch die Nationalsozialisten in

Gaskammern, Konzentrationslagern und im Warschauer Getto aufs grausamste umgebracht wurden, scheint uns unfassbar. — Der Versuch, die Forderungen der Studenten als Werk jüdischer Drahtzieher hinzustellen, die mit ‚Säuberungen‘ in Regierung, Partei, Verwaltung, Militär und auch in den Gewerkschaften begründete Entlassung einer im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl besonders großen Anzahl Juden von ihren Ämtern berührt unsere Partei, und wie wir wissen auch weite andere Kreise innerhalb und außerhalb unseres Landes, im Jahr der Menschenrechte 1968 ganz besonders peinlich. *Das Schlagwort des Antizionismus, das heute gebraucht wird, ist ein allzu dürftiger Deckmantel für die wiederauflebende antisemitische Kampagne.* Die Stellungnahme der polnischen Regierung im Nahostkonflikt auf seiten der arabischen Staaten gibt keine Berechtigung, die Rassendiskriminierung wieder aufleben zu lassen. — Wir ersuchen Sie, sehr geehrte Exzellenz, Ihren ganzen Einfluß bei Ihrer Regierung geltend zu machen, um dieser neuen Rassendiskriminierung gegenüber den Juden ein Ende zu setzen.»

Oberrabbiner Schlomo Goren

Nach langen Auseinandersetzungen ist Raw Schlomo Goren zum Oberrabbiner von Tel Aviv gewählt worden. Da dieser Posten als Sprungbrett für die Stellung des Landesrabbiners gilt, hat diese Wahl nicht nur eine lokale Bedeutung. Goren ist bekannt als Militärrabbiner. Die Bevölkerung erwartet von ihm größeres Verständnis für einen Ausgleich zwischen den strengen halachischen Vorschriften und den Erfordernissen des modernen Lebens.

Für die Philatelisten

Im kommenden Oktober findet in Jerusalem die bisher größte israelische Briefmarkenausstellung, die «Tabirah 1968» statt. Die israelische Post wird zu diesem Anlaß eine Sondermarke und einen Gedenkblock herausgeben.

Das Evangelium und die Juden

In Bad Boll wurde unter diesem Thema eine Tagung durchgeführt, an der Vertreter und Gegner der Judenmission miteinander ins Gespräch gekommen sind. Einem Zeitungsbericht zu-

folge soll dabei Oberpfarrer D. Pfisterer von Schwäbisch Hall als Vertreter des «Nur-Dialog» eingeräumt haben, daß auch im Dialog mit den Juden ein Christ Zeugnis geben müsse von seinem Glauben. Als Missionsfreund kann man dazu nur sagen: «Ja eben!»

Der 27. Zionistenkongreß

fand im Juli dieses Jahres in Jerusalem statt. Als Frucht dieser Tagung kann eine neue Definition der Ziele der Zionistischen Bewegung bezeichnet werden: Das neue Programm von Jerusalem lautet:

«Ziele des Zionismus sind: Die Einheit des jüdischen Volkes und die zentrale Stellung des Landes Israel in dessen Leben;

die Sammlung des jüdischen Volkes in seiner historischen Heimat durch Alijah aus allen Ländern;

die Stärkung des Staates Israel, gegründet auf den prophetischen Idealen von Gerechtigkeit und Frieden;

die Erhaltung der Identität des jüdischen Volkes durch die Förderung der jüdischen Erziehung, der hebräischen Sprache und der geistigen und kulturellen Werte des Judentums;

der Schutz der jüdischen Rechte allüberall.»

Gegen «Le Monde»

In einem Leitartikel hat die bekannte französische Zeitung bei Anlaß des israelischen Jahrestages zur Feier der Beendigung des Sechstagekrieges der Ansicht Ausdruck gegeben, weil Israel eine aggressive Haltung einnehme, würden junge Araber wie Sirhan Sirhan dazu verleitet, Persönlichkeiten wie Robert Kennedy zu ermorden. Der Botschafter Israels hat Anweisung erhalten, gegen «dieses verzeihende Verständnis für den Mörder und seine Motive» und gegen die israelfeindliche Haltung des Blattes zu protestieren.

Unterirdische Synagoge

Bei Ausgrabungsarbeiten wurden in Gouveia (Portugal) die Reste einer unterirdischen Synagoge entdeckt. Eine beschriftete steinerne Tafel enthält die Zahl 5257, was dem Jahr 1496 christlicher Zeitrechnung entspricht. Es dürfte sich dabei um eine Gebetsstätte von Marannen (zwangsgetaufte Juden) handeln.

Bald Lufthansa nach Israel

Noch in diesem Jahre wird die Deutsche Lufthansa den Linienverkehr nach Israel aufnehmen, wie ein Vertreter der Lufthansa - Hauptverwaltung auf Anfrage erklärte. Es stehe aber noch nicht fest, wie oft in der Woche diese Linie von der Lufthansa befliegen werde. Nach Verhandlungen zwischen deutschen und israelischen Regierungsstellen werde dies im neuen Flugplan im November dieses Jahres bekanntgegeben werden. Eingesetzt würden wahrscheinlich Maschinen vom Typ Boeing 727.

Die Juden in arabischen Ländern

Nach neuesten Meldungen gibt es in Aden keine Juden mehr. In Algerien leben noch 3000 Juden (im Jahre 1960 waren es noch 130 000). in Ägypten 1600, in Libyen 200, in Marokko 50 000 und in Tunesien 16 000.

Grundsteinlegung in Zürich

Im Stadtteil «Enge» soll ein neues jüdisches Gemeindehaus gebaut werden. Unter großer Anteilnahme von interessierten

Kreisen fand an einem heißen Sommertag die Grundsteinlegung statt.

Nach den Wahlen in Frankreich

Die Wahlen in Frankreich, die mit einem Sieg der Gaullisten endeten, haben fünf Juden ins Parlament gebracht. Zwei davon sind Kommunisten. Der prominenteste französische Politiker jüdischer Abstammung, der frühere Ministerpräsident Mendes-France ist nicht wiedergewählt worden.

Reform in der Tschechoslowakei

An der freiheitlichen Reform des tschechoslowakischen Staates sind auch einige Politiker jüdischer Provenienz maßgeblich beteiligt. Dabei sind vor allem Prof. Ed. Goldstücker und Dr. Ota Sik in den Vordergrund getreten.

Jüdischer Weltkongreß

Die Exekutive des Jüdischen Weltkongresses war im Juli dieses Jahres während 3 Tagen in Genf versammelt. Bei dieser Gelegenheit vertrat Nahum Goldmann in einer Ansprache

dar, daß die Sicherheit des Staates Israel für geraume Zeit das Hauptproblem für die Judenheit der Welt darstellen werde. Wörtlich erklärte er: «Sollte die derzeitige Situation weiter bestehen bleiben, so ist die ernstliche Gefahr gegeben, daß ein neuer Konflikt ausbrechen könnte, in den wie ich fürchte die Großmächte und sicherlich die Sowjetunion verwickelt werden würden.» — Zuhanden der Behörden der deutschen Bundesrepublik wurde eine Resolution angenommen, die der Besorgnis über das Anwachsen des Rechtsradikalismus Ausdruck verleiht.

Zum Tode von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer

schreibt das «Israelitische Wochenblatt» (Zürich): «Mit dem Ableben des hessischen Generalstaatsanwaltes Dr. Fritz Bauer ist eine der tatkräftigsten und interessantesten Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens dahingeshieden. Bauer war ein gebürtiger Stuttgarter, der nach vollendetem Studium in den Justizdienst trat, Konzentrationslager und Emigration erlebte und nach seiner Rückkehr im Jahre 1949

sich vornehmlich die juristische Vergangenheitsbewältigung angelegen sein ließ. Seit 1956 war er als Generalstaatsanwalt in Hessen tätig. Seine Initiative spielte bei der Vorbereitung der Serie von Naziverbrecherprozessen, von denen der große Auschwitz-Prozeß das größte Aufsehen erregte, eine wesentliche Rolle. Rechtsextremisten, alte und neue Nazi haßten und fürchteten daher Bauer, der wiederholt bedroht wurde, aber sich nicht einschüchtern ließ. Zu seinen Gegnern gehörte auch die ‚Deutsche National-Zeitung‘, die auf Bauers jüdische Abstammung hinwies und mit ihr seine unbeugsame Haltung zu Naziverbrechen zu erklären versuchte.»

Austausch von Jugendgruppen

Fragen eines Austausches von Jugendgruppen zwischen Berlin und Israel standen im Mittelpunkt eines Gespräches, zu dem der Berliner Senator Korber den Leiter des Tel Aviver Erziehungsamtes, Dr. Levin, sowie die Fachleute der israelischen Erziehungsarbeit, Erel und Hirschfeld, empfing. Die israelischen Gäste begleiteten eine israelische Jugendgruppe, die

Berlin und die Bundesrepublik besuchte.

«*Besorgnis um Deutschland*»

Unter dem Titel «*Besorgnis um Deutschland*» veröffentlichte die israelische Tageszeitung «*Jerusalem Post*» nach den Wahlen in Baden-Württemberg einen Kommentar, den wir nachfolgend auszugsweise wiedergeben:

«Die Resultate der Wahlen in Baden-Württemberg waren eine Enttäuschung für Deutschlands Freunde in Europa und anderwärts. Man war schockiert über die Erfolge der Neonazis. Wäre dies eine isolierte Erscheinung, so müßte die Besorgnis nicht so groß sein. Doch sieht es aus, als sei dies eine neue Tendenz in der deutschen Politik. Es ist ermunternd zu sehen, daß im Gegensatz zu dem, was in den dreißiger Jahren geschehen ist, die jetzige Regierung in Bonn die Wahlresultate mit Besorgnis quittiert und sie nicht mehr wie im vergangenen Jahr auf die leichte Schulter nimmt.

Israel kann die Bemühungen der Deutschen, für das vergangene zumindest auf irgendeine Art aufzukommen, nicht ignorieren. Es wird das Repa-

rationsabkommen, die Militärhilfe und die positive Reaktion der Öffentlichkeit im Juni vorigen Jahres nicht vergessen. Doch Israelis sind überempfindlich für alles, was in Deutschland geschieht, und politische Bewegungen, die ihrer Form nach an die Nazis erinnern, erwecken schauerliche Assoziationen.

Wir sind uns der gegenwärtigen Schwierigkeiten Deutschlands voll bewußt, aber die deutsche Jugend muß verstehen, daß man die Bürden der Vergangenheit nicht durch eine Wiederholung früherer Irrtümer und vergangener Verbrechen abwälzen kann. Diejenigen, die Deutschland heute kritisieren, sollten sich bewußt sein, daß man der Bundesrepublik alle Chancen geben muß, um ihre Demokratie zu stärken, und daß es klug wäre, ihr in dieser Hinsicht jede nur mögliche Hilfe zu gewähren. Doch die Kritiker des heutigen Deutschlands sollten darauf bestehen, daß die führenden Kräfte der Bundesrepublik sich entschieden gegen die neuen Kräfte auflehnen, um ihr Wachstum zu untergraben. Die endgültige Verantwortung für die Wahrung der Demokratie in Deutschland ist Sache des Durchschnittsbürgers.

Die Deutschen müssen wissen, noch einmal den Weg beschreitet, der wohl zu einer sich wiederholenden Weltkatastrophe führen könnte.»
haben, damit Deutschland nicht
Spectator

REZENSIONEN

LOUIS M. EPSTEIN: *Sex Laws and Customs in Judaism*. Ktav Publishing House, Inc., New York 1968, 251 S., \$ 8.95.

Das vorliegende Buch des bekannten Spezialisten für talmudische und religionsgesetzliche Fragen, Louis M. Epstein, ist als Ergänzung des 1942 aus der Feder desselben Autors erschienenen Werkes über die jüdische Ehemoral: *Marriage Laws in the Bible and the Talmud*, gedacht.

Das Ziel des Verfassers ist es nicht nur, eine rein theoretische Darstellung der außerehelichen jüdischen Geschlechtsmoral zu geben. Wohl stellt er im Vorwort fest, daß sich die alte, strenge Moral infolge der Emanzipation und der veränderten Lebensbedingungen der Juden, die sie mit sich brachte, ebenfalls weitgehend aufgelockert hat, bezweifelt aber mit Recht, ob die Juden damit auf diesem Gebiet Gleichwertiges eintauschen konnten. Wenn auch manche Vorschriften heute antiquiert, ja sinnlos erscheinen, so stehen sie jedenfalls — und das ist, wenigstens teilweise, ihre Rechtfertigung — in schroffem Gegensatz zum modernen sexuellen Laxismus. Auch haben Publikumsumfragen über die Geschlechtsmoral der amerikanischen Männer deutlich ergeben, daß noch immer zahlreiche orthodoxe Juden treu zu den strengen Vorschriften der rabbinischen Tradition stehen. In diesem Sinn erfüllen die beiden einschlägigen Bücher von L. M. Epstein auch einen praktischen Zweck. Die Kenntnis des rabbinischen Hebräisch nimmt dauernd ab, und selbst manche orthodoxe Juden sind nicht mehr imstande, die in dieser Sprache verfaßten Traktate, vor allem über Ehemoral, zu lesen und zu verstehen.

Der Endzweck der jüdischen Geschlechtsmoral ist nach L. M. Epstein «die Leidenschaften zu dämpfen und die Versuchungen aus dem Weg zu räumen, alle sexuell stimulierenden Elemente aus dem Bereich der Augen zu verbannen und so den Geist freizuhalten von allen schamlosen Eindrücken». Wenn auch, wie Dr. A. Kiev in seinem Vorwort bemerkt, die jüdische Geschlechtsmoral den Einfluß des Aszetismus, des Legalismus, des Liberalismus und auch der Mystik über sich ergehen lassen mußte und ihre Regeln somit auch teilweise historisch bedingt sind, so ist sie doch in ihren Grundzügen stets den biblischen Prinzipien treu geblieben, indem sie vor